

Rede

Norbert Zeller, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

Kreistagssitzung, 17.12.2020 in Ettenkirch

TOP Ö 4, Kreishaushalt 2021 – Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021 –
Satzungsbeschluss

Anrede,

das alles beherrschende Thema ist die **Corona-Pandemie**, mit enormen Auswirkungen auf unser Alltagsleben und eben auch auf den Kreishaushalt. Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen den vielen Menschen danken, die sich tagtäglich um uns sorgen, sei es die KassiererIn, die Polizeibeamtin, das Pflegepersonal, Ärzte und Krankenschwestern, die Rettungsdienste aber auch Lehrkräfte und Erzieherinnen. Diese Menschen und viele andere verdienen unsere Hochachtung, unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Und ganz besonders hervorheben möchte ich unser **Gesundheitsamt**, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts und vor allem jene, die auf unkonventionelle Art und Weise bereit sind, das Gesundheitsamt personell zu verstärken und oftmals auf Urlaub verzichten. Stellvertretend nennen möchte ich dafür den Ersten Landesbeamten Herrn Keckeisen und den ehemaligen Leiter des Gesundheitsamts, Herrn Dr. Kiss.

Seit Mittwoch haben wir nun den harten Lockdown. Jetzt gilt es konsequent zu sein, Verantwortung zu übernehmen und bereit zu sein, die Lasten noch eine Weile zu tragen. Und um mit den Worten unseres Bundespräsidenten zu sprechen: „Was jetzt zählt, ist die Gesundheit zu erhalten und Menschenleben zu retten.“

Geradezu unverantwortlich und entlarvend ist es, wenn im Bundestag die Novelle des Infektionsschutzgesetzes als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet wird. Das sind Vergleiche, die mit unserem heutigen demokratischen Rechtsstaat überhaupt nichts zu tun haben. Und konsequent ist es auch, wenn die sogenannte „Querdenker“-Initiative seit letzter Woche vom Verfassungsschutz beobachtet wird und damit der wachsende Einfluss von Extremisten und das völkische Gedankengut innerhalb der Gruppierung.

Pandemieleugner und Corona-Verharmloser sollten mal in unsere Kliniken schauen, wie dort die Situation aussieht. Tettngang ist derzeit besonders hart betroffen.

Ich fühle meine Rechte nicht beschränkt oder bedroht. Bedroht fühle ich mich durch die Rechte und Beschränkten.

Hoffnungsfroh dürfen wir in die Zukunft blicken, wenn der von Biontech und Pfizer entwickelte Impfstoff Wirkung zeigt. Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere Sommerfeste und das Seehasenfest im nächsten Jahr feiern dürfen.

Übrigens: das Biontech-Gründerehepaar Uger Salin und Özlem Tureci sind Deutsche, ihre Eltern türkische Immigranten. Ein Beispiel für die Innovationskraft von Einwanderern.

Familienpolitik ist ein Schwerpunkt im Kreishaushalt. Wir wollen Familien stark machen. Das gilt insbesondere während des Lockdowns. Familien leiden unter Kita- und Schulschließungen, die nur als letztes Mittel vollzogen werden dürfen. Meist sind es Frauen, die die große Last der Haushalts- und Betreuungsarbeit leisten. Kinder dürfen nicht zu Verlierer werden, wenn sie nicht die notwendige digitale Ausstattung haben oder den Umgang damit nicht gelernt haben. Die digitale Ausstattung muss unabhängig von der sozialen Lage der Kinder erfolgen. Das gilt auch für unsere kreiseigenen Schulen. Auch im Bodenseekreis brauchen wir verstärkt Ganztagsangebote für Kinder. Hier wollen wir mit den Gemeinden im Landkreis Verbesserungen schaffen. Dazu wünschen wir uns ein vorausschauendes, aktiveres Agieren des zuständigen Dezernats.

Noch ein Satz zur **Personalsituation**: Wir haben größtenteils eine hochmotivierte Mitarbeiterschaft im Landratsamt. Ihnen allen gilt unser Dank für die geleistete Arbeit unter oftmals erschwerten Bedingungen. Allerdings wissen wir auch, dass es immer noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Sorgen machen uns die seit Jahren hohen Fluktuationszahlen beim Sozial- und Jugendamt. Das kann und darf uns nicht zufriedenstellen. Gut finden wir, dass die Verwaltung unser Anliegen, nämlich mehr Beschäftigung für Menschen mit Handicap im Landratsamt zu schaffen, konstruktiv aufgegriffen hat und zwei Stellen für Menschen mit Behinderung als Inklusionsstellen im Stellenplan als erster Schritt vorgesehen sind.

Ein weiterer Schwerpunkt des Haushalts kann unter dem Stichwort „**Mobilität**“ zusammengefasst werden. Ich will nun nicht alle Punkte ausführen, die wir in den letzten Sitzungen behandelt haben, vom Flughafen angefangen über die Kreisstraßen, B 31 und B 30 und selbstverständlich der Ausbau des ÖPNV. Und natürlich die Forderung, eine Stelle für ein Mobilitätsmanagments zu schaffen. Seien Sie versichert, dass wir zum nächsten Haushalt diese Stelle erneut beantragen werden. Ich bin mir sicher, Sie werden dann die Notwendigkeit einer solchen Stelle erkennen.

Lassen Sie mich aber zwei Verkehrsthemen hervorheben: **Bodenseegürtelbahn (BSGB)** und **Ortsumfahrung Markdorf (OUM)**.

Wer den **Klimaschutz** ernst nimmt, muss für den Ausbau der BSGB stimmen. Er ist für die SPD der wichtigste Baustein für eine Verkehrswende im Bodenseeraum. Für die Planung des Ausbaus haben wir der DB eine Menge Geld bewilligt. Es geht aber nicht an, dass die DB unser Geld für Untersuchungen von sage und schreibe acht Betriebsvarianten verpulvert.

Der Landesverkehrsminister Hermann will eine deutliche Takt- und Fahrplanverdichtung erreichen. Dem stimmen wir zu. Vorbildern seien Vorarlberg und unsere Schweizer Nachbar-Kantone. Auch das ist richtig. Dann allerdings muss der Minister, das Land, endlich sich zur Vorzugsvariante bekennen und die zusätzlichen Kosten für endlose Planungsvarianten ersparen.

Der Bahnbetrieb in Deutschland benötigt, so die Nachricht aus Berlin, dringend Ausweichstrecken für den Fall, dass einmal eine der Hauptstrecken ausfällt. Für Autobahnen sind solche festen Umleitungsstrecken schon längst etabliert. Als Umleitungsstrecke soll zukünftig auch die BSGB dienen. Daher fordern wir, dass sich der Bund und die DB mit einem hohen Anteil an den Planungskosten für die BSGB beteiligt.

Die BSGB ist wichtiger Bestandteil der überregionalen Bahnverbindung von Basel über Friedrichshafen nach Ulm und München. Ich sage noch einmal: **Der Ausbau der BSGB ist, neben der Südbahn, für die SPD der wichtigste Baustein für das Gelingen einer Verkehrswende im Bodenseeraum und ein unverzichtbarer Beitrag zum Klimaschutz.**

Ortsumfahrung Markdorf: Die SPD hält die Ortsumfahrung Markdorf für überflüssig, nicht notwendig. Auch dazu haben wir im Kreistag ausführlich gesprochen. Die im Haushalt eingestellten Planungskosten halten wir für rausgeschmissenes Geld. Die Mehrheit im Kreistag hat sich leider für die OUM

ausgesprochen. Deshalb verzichten wir auf einen entsprechenden Streichantrag. Klar ist aber für uns schon heute, dass wir dem Bau der OUM nicht zustimmen werden und die 10 Mio. stattdessen in unsere Schulen und dem Neubau des Landratsamtes stecken wollen. Spätestens wenn es zum Schwur kommt über den Bau der OUM, werden wir erleben, dass auch die Stadt Markdorf dagegen sein wird. Davon bin ich fest überzeugt.

Da im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht alle Kosten der OUM enthalten sind, bitten wir die Verwaltung uns einen aktualisierten Finanzplan vorzulegen, aufgeteilt, nach den Planungskosten, Grundstückskosten, Baukosten und die Finanzierungsanteile des Landes und der Stadt Markdorf.

Dass der **Klimaschutz** im Kreishaushalt einen hohen Anteil hat, darüber sind wir uns – bis auf eine Fraktion – einig. Seien es energieeinsparende Maßnahmen oder der Ausbau der Photovoltaikanlagen oder des ÖPNV; oder ein auf Vermeidung und Verwertung ausgerichtetes Abfallkonzept. (Lob für das neue Müllmagazin.) Wer das klimapolitische Handlungspapier des Bodenseekreises als ideologisch bezeichnet, hat nicht kapiert was uns Wissenschaftler eindringlich sagen und belegen. Jetzt müssen wir handeln und sich nicht eines gesellschaftlichen notwendigen Prozesses verweigern. Die zusätzliche eine Million Euro für den Klimaschutz, brauchen wir dringend, um schnell auf zukünftige Förderprogramme des Bundes und des Landes reagieren zu können. Bleibt zu hoffen, dass das vorhandene Personal dies auch leisten kann. Leider haben sich CDU und Freie Wähler einer personellen Verstärkung verweigert.

Besonderes Lob bekommt von uns ein Energieunternehmen, das verlässlich am Atomausstieg und Kohleausstieg arbeitet und die Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umstellt und damit riesige CO²-Mengen einsparen hilft. Ich spreche von der EnBW. Hut ab, wie das Unternehmen den Umstieg schafft bzw. geschaffen hat, mit dem erfreulichen Erfolg, dass die **OEW** wieder kräftiger ausschütten kann, was unserem Kreishaushalt und der Kreisumlage zugutekommt, immerhin 2 Prozent. Das ist vor allem ihr Verdienst Herr Wölfle.

Erfreut stellen wir fest, dass wir auch 2021 viel Geld in die Hand nehmen, um unsere **Schulen** weiter fit zu machen. Allein für die Sanierung des Bildungszentrums Markdorf sind es 11,8 Mio. Euro.

Auch unsere beruflichen Schulen lassen wir nicht hängen, sondern setzen sie in die Lage den heutigen Herausforderungen und dem Bildungsplan gerecht zu

werden. Allerdings wissen wir auch, dass das berufliche Schulwesen im Bodenseekreis dringend eine Weiterentwicklung braucht. Wir sind gespannt, was biregio uns vorschlagen wird. Erste Informationen stimmen einen hoffnungsfroh und zuversichtlich.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Antrag der AfD, zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern, eingehen. Dieser Antrag ist nicht nur populistisch (Ihnen gehen wohl die Themen aus), sondern auch inhaltlich falsch und menschenverachtend. Wider besseres Wissen stellen Sie einen solchen Antrag, der bereits im Bundestag am 7.11.2018 als inhaltlich falsch und nicht haltbar zurückgewiesen wurde. Im Gegensatz zu Ihnen von der AfD wollen wir Minderjährige schützen und gleichzeitig den Missbrauch solcher Regelungen verhindern. Statistiken belegen, dass die vorhandenen Regelungen wirken. Das belegen auch die Zahlen im Bodenseekreis. Und trotzdem bauen Sie einen Popanz auf, mit unglaublichen Behauptungen. Ich empfehle Ihnen einmal nachzulesen, was die Bundesärztekammer und die Zentrale Ethikkommission sowie der Deutsche Ärztetag zu Ihren Vorstellungen sagen. Ich sag es Ihnen mit meinen Worten: Es ist schlichter Unsinn, was Sie hier wollen, sachlich längst widerlegt und rechtlich unzulässig.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen:

Wir unterstützen den Antrag der **DLRG** auf Bezuschussung ihrer Arbeit mit 30.000 Euro. Leider ist es uns gemeinsam nicht gelungen, die Landesregierung zu einer gesetzlichen Regelung zu bewegen, wonach die Blaulichtfraktion DLRG einen besseren Status bekommen hätte. Wir am See wissen aber, wie wertvoll die Arbeit der DLRG ist. Deshalb sollten wir vor der nächsten Haushaltsberatung überlegen, wie wir die Förderung der DLRG verstetigen können. Die SPD-Fraktion ist dazu bereit, dem Beispiel des Landkreises Konstanz zu folgen.

Mit der Unterstützung der DLRG verbinden wir auch den Dank an alle **Ehrenamtlichen**, die eine tragende Säule unseres Gemeinwesens bilden und deren Arbeit wir auch finanziell unterstützen.

Eingangs habe ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes bedankt. Lassen Sie mich zum Schluss meinen besonderen Dank Ihnen Herr Landrat für die faire und offene Zusammenarbeit danken, wenngleich wir uns nicht immer einig waren. Aber das gehört zur Demokratie.

Natürlich gilt unser Dank auch Herrn Hermanns, seinem Team und dem neuen Kämmerer, Herr Dillmann für sein Erstlingswerk. Wir sind zuversichtlich auch die künftigen Herausforderungen zu meistern, sei es der Neubau des Landratsamts, die Straßenmeisterei oder das Schulwesen, um nur einige Brocken zu nennen.

Ausdrücklich danken will ich auch dem seriösen Journalismus als wesentliche Säule einer funktionierenden Demokratie. Sie stehen den Rechtsextremisten im Weg. Bleiben Sie standhaft.

Und ganz zum Schluss gilt mein Dank den demokratischen Kreistagsfraktionen für das konstruktive und sachlich faire Streiten um die besten Lösungen.

Wir stimmen der Haushaltssatzung zu.